

Gustav Wall
Haarenufer 16
26122 Oldenburg

E-Mail: gustav.wall (ät) sprechrun.de

Deutschlandradio
an Intendant Dr. Willi Steul
Raderberggürtel 40,
50968 Köln



07.03.2015

Programmbeschwerde wegen Missachtung der „Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland“-Programmgrundsätze
Hier: Verstoß gegen §§ 11 des Staatsvertrags
Bezug: Bericht: Regierung will Handel zur Rücknahme alter Elektrogeräte verpflichten [1]

Sehr geehrter Dr. Steul,

hiermit erhebe ich gem. § 11 des Staatsvertrages über den Rundfunk im vereinten Deutschland und des Staatsvertrages über Mediendienste
Beschwerde wegen objektiv falscher Ausführungen in der Sendung

Sendezeit: 07.03.2014, mehrfach in Nachrichten, bspw. 11:00 und 12:00 Uhr

Ich fordere Sie auf, entsprechende Ausführungen aus [2], [3] und [4] als Gegendarstellung zu der im Nachrichtenbericht gemachten Aussage "Mit dem Gesetz folgt Umweltministerin Hendricks den Vorgaben einer EU-Richtlinie." auszustrahlen, da die Stellungnahme der Umweltverbände der Aussage "Mit dem Gesetz folgt Umweltministerin Hendricks den Vorgaben einer EU-Richtlinie." klar widersprechen.

Bspw. ein Auszug aus dieser Pressemitteilung
"Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,
sehr geehrte Damen und Herren,

der ressortabgestimmte Referentenentwurf des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG), mit dem die europäische WEEE2-Richtlinie ins deutsche Recht umgesetzt werden soll, gelangt demnächst in das parlamentarische Verfahren. Der Entwurf entspricht nicht dem "state of the art" des Ressourcen- und Klimaschutzes. Nach unserer Einschätzung ist er nicht einmal konform mit den europäischen Vorgaben und weist an vielen Stellen in eine falsche Richtung. Insbesondere die Wiederverwendung von Elektro(-nik)geräten wird in dem aktuellen "zweiten Referentenentwurf" der Novellierung des ElektroG nicht gemäß den ökologischen Notwendigkeiten und den Maßgaben der WEEE2-Richtlinie geregelt. Diese Regelungen drohen sogar, die Wiederverwendung innerhalb des Abfallregimes („Vorbereitung zur Wiederverwendung“) zu verhindern." [2]

Und ich fordere Sie auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die Nachrichtenberichterstattung sich nicht ausschließlich auf die einseitige Verbreitung von Positionen, Stellungnahmen von staatlichen Stellen beschränkt. Fehlende Staatsferne in der Gestaltung der Nachrichtenberichterstattung empfinde ich als klare Verletzung der Pflicht diesen

"§ 11

Auftrag

[...]

(2) Die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben bei der Erfüllung ihres Auftrags die Grundsätze der Objektivität und Unparteilichkeit der Berichterstattung, die Meinungsvielfalt sowie die Ausgewogenheit ihrer Angebote zu berücksichtigen." [5]

zu erfüllen. Es ist für mich auch ein Zeichen fehlender journalistischer Sorgfalt, dass die Redaktion keine Stellungnahmen der Umweltverbände zum Beitrag "Regierung will Handel zur Rücknahme alter Elektrogeräte verpflichten" angefragt bzw. recherchiert hat.

Mit freundlichen Grüßen

Gustav Wall

Quellen

[1] Bericht: Regierung will Handel zur Rücknahme alter Elektrogeräte verpflichten, 07.03.2015 - http://www.deutschlandfunk.de/bericht-regierung-will-handel-zur-ruecknahme-alter.353.de.html?drn:news_id=459697

[2] Bundesregierung bahnt per Gesetz den Weg in die Wegwerfgesellschaft: Bundestag berät über Elektrogerätegesetz – heftige Kritik von Umweltverbänden, 25.02.2015
<http://www.bund.net/nc/presse/pressemitteilungen/detail/artikel/bundesregierung-bahnt-per-gesetz-den-weg-in-die-wegwerfgesellschaft-bundestag-beraet-ueber-elektrog/>

[3] Offener Brief der Verbände - <https://www.nabu.de/elektrog/offenerbrief.pdf>

[4] Gemeinsame Stellungnahme der Verbände - <https://www.nabu.de/elektrog/stellungnahme.pdf>

[5] Staatsvertrag für Rundfunk und Telemedien (Rundfunkstaatsvertrag – RStV)